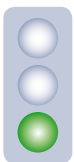


## Ladenöffnung



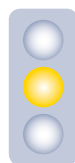
Das neue Ladenöffnungsgesetz ist beschlossen. Insgesamt wird es in Berlin zehn verkaufsoffene Sonntage geben, acht werden zentral für die ganze Stadt festgelegt, zwei werden vor Ort bestimmt. Geschäfte auf Personenbahnhöfen, Flughäfen und in Busterminals können auch an Sonn- und Feiertagen Reisebedarf verkaufen. Auf zwölf wichtigen Bahnhöfen dürfen zusätzlich Waren des täglichen Verbrauchs angeboten werden (Haupt- und Ostbahnhof, Südkreuz, Gesundbrunnen, Spandau, Zoo, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Potsdamer Platz, Wannsee, Lichterfelde Ost und Lichtenberg).

Für diese Regelungen gab es Unterstützung von IHK, HBB, Kirchen und Gewerkschaften. Insgesamt wird das Gesetz einer modernen Metropole gerecht und kommt gleichzeitig den Anliegen von Arbeitnehmern und Kirchen entgegen.

### Ansprechpartner:

Frank Jahnke, Birgit Monteiro, Jörg Stroedter

## Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken

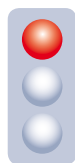


Erstmals in Deutschland wird die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie die bessere Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in den Bezirken und auf Landesebene rechtlich verankert. Erreicht wird dies mit dem Partizipations- und Integrationsgesetz. Der Senat hat es am 7. Oktober ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Jetzt wird das Gesetz in den Ausschüssen beraten. Der federführende Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales hört in seiner Sitzung am 28. Oktober Sachverständige dazu an. Danach wird der Entwurf im Innenausschuss diskutiert. Ziel ist, das Gesetz noch in diesem Jahr zu beschließen. Mit diesem Teilhabegesetz soll ein weiterer Baustein im Bereich der Integrationspolitik gelegt werden. Berlin kann hier anderen Bundesländern Vorbild sein. Im Partizipationsgesetz wird zum Beispiel der Migrationshintergrund definiert. Das ist notwendig, um die Erfolge von Maßnahmen bewerten zu können. Die Regelung gilt für die Berliner Verwaltung und für Betriebe, an denen das Land eine Mehrheitsbeteiligung hält.

Insgesamt gliedert sich das Gesetz in zwei Teile. Im sogenannten Stammgesetz werden Institutionen der Integrationspolitik – wie der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen sowie die Integrationsbeauftragten der Bezirke und des Senats – auf eine gesetzliche Basis gestellt. Das Prinzip der interkulturellen Öffnung der Verwaltung wird festgeschrieben. Der zweite Teil bezieht sich auf bestehende Gesetze, die dann mit der Verabschiedung geändert werden. Darüber soll eine bessere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in anderen Gremien gewährleistet werden, etwa im Bildungsbereich. Besser berücksichtigt werden soll auch die durch Einwanderung entstandene religiöse Vielfalt. So soll das Bestattungsgesetz dahingehend verändert werden, dass künftig auch sarglose Bestattungen erlaubt sind. Im Feiertagsgesetz wird es heißen: religiöse Feiertage statt wie bisher kirchliche Feiertage.

**Ansprechpartner:** Raed Saleh

## Keine Zustimmung

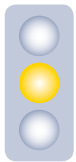


Das Abgeordnetenhaus hat sich gegen das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz zur Änderung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld ausgesprochen. Intransparent und nicht bedarfsgerecht – so das Urteil. Im Bundesrat soll die Vorlage deshalb in ihrer derzeitigen Form abgelehnt werden. Kritisiert werden auch Kürzungen beim Elterngeld und bei den Renten.

**Ansprechpartnerinnen:** Burgunde Grosse, Ülker Radziwill

## Schneeräumung wird verbessert

Gesetzesnovelle sorgt für mehr Qualität und klare Zuständigkeiten



Auf den langen und schneereichen letzten Winter war Berlin unzureichend vorbereitet. Damit sich dieses Chaos und die Glätteunfälle nicht wiederholen, wird die Koalition noch für die kommende Wintersaison das Straßenreinigungsgesetz ändern. Ziel sind mehr Tempo, mehr Qualität und klare Verantwortlichkeiten bei der Schneeräumung.

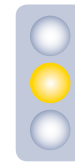
Eine wesentliche Verbesserung wird es im öffentlichen Raum geben: Für zwölf große Plätze, sechs Fußgängerzonen und die Haltestellen von Bussen und Straßenbahnen wird zukünftig die BSR den Winterdienst verantworten. Das bisherige Wirrwarr in Fußgängerzonen mit diversen privaten und öffentlichen Gebäudeeigentümern hat damit ein Ende. Die zusätzlichen Kosten der BSR können bei einem extremen Winter mehr als acht Millionen Euro ausmachen und werden aus dem Landeshaushalt beglichen.

Die Beseitigung von Schnee und Eis wird im Gesetz für alle Räumpflichtigen schärfer gefasst. Auch die Hauseigentümer müssen mit dem neuen Gesetz die Tätigkeit der von ihnen beauftragten Winterdienstfirmen besser kontrollieren. Erst ein Jahr später, also für den Winter 2011/2012, wird die größere Räumbreite auf Gehwegen von 1,50 Meter in Kraft treten. Bisher ist in Berlin nur ein Meter Räumbreite Pflicht, das entspricht nicht dem bundesdeutschen Standard. Die Beratungen des Gesetzes in den zuständigen Ausschüssen gehen am 25. Oktober weiter, am 11. November soll das Gesetz im Plenum beschlossen werden.

### Ansprechpartner:

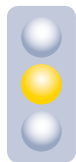
Ellen Haußdörfer, Daniel Buchholz

## Spielhallenflut stoppen



Die Zahl der Spielhallen explodiert. Viele Betreiber kümmern sich nicht um den Jugend- und Spielerschutz. Spielhöhlen verdrängen den traditionellen Einzelhandel, verschandeln Einkaufsstrassen. Diese Entwicklung will die SPD stoppen und bereitet deshalb mehrere Initiativen vor. So soll der Senat über eine Bundesratsinitiative eine Verschärfung der Spielverordnung und der Baunutzungsverordnung erreichen. Als Land werden wir die Vergnügungssteuer auf Gewinnspielgeräte von 11% auf 20% erhöhen und erarbeiten ein Spielhallenge-setz. **Ansprechpartner:** Michael Müller, Daniel Buchholz

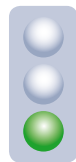
## Gleichstellungsgesetz A 100: Planungsmittel werden freigegeben



Im November soll das neue Landesgleichstellungsgesetz verabschiedet werden. In den Bereichen Frauenförderung, Besetzungsverfahren von Führungspositionen und bei den Aufgaben der Frauenvertreterinnen wird das bisherige Gesetz präzisiert und ausgeweitet. So müssen zukünftig z. B. Vorstands- und Geschäftsleitungsfunktionen der Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Form einer Ausschreibung öffentlich bekannt gemacht werden. Gleiches soll bei Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung Berlins gelten. Die Novelle wurde ausführlich in den Ausschüssen mit einer Anhörung sowie mit dem Koalitionspartner beraten.

### Ansprechpartnerin:

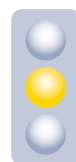
Ulrike Neumann



Am 10. November wird der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses 1,75 Mio. Euro für die Ausführungsplanung der Autobahn A 100 freigeben. Darauf hat sich die Koalition verständigt. Damit können zeichnerische und rechnerische Detailplanungen, Vermessungsarbeiten, die Grundstückssicherung und die Ingenieurbauwerksplanung durchgeführt werden. Insgesamt dauert diese wichtige Planungsphase zirka neun bis zwölf Monate. Im Anschluss kann die abschließende Bauplanung und die Vergabe der Bauaufträge eingeleitet werden. Der Planfeststellungsbeschluss wird bereits in diesem Dezember gefasst. Der Baubeginn der Autobahn könnte am Ende des 1. Quartals 2012 erfolgen.

**Ansprechpartner:** Christian Gaebler

## Wohnungsbaugesellschaften als Vorbilder

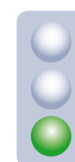


Das Abgeordnetenhaus hat bereits vor einiger Zeit festgelegt, dass sich die landeseigenen Wohnungsunternehmen, auch vor dem Hintergrund ihrer Vorbildfunktion, bei der Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete ausschließlich an den Berliner Mietspiegel halten müssen. Die Vorgabe galt bisher aber nur für bereits vermietete Wohnungen.

Jetzt hat die SPD-Fraktion einen Antrag beschlossen, demzufolge sich die Wohnungsbaugesellschaften auch bei Neuvermietungen an der Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete orientieren sollen. Damit soll ein massiver Mietanstieg verhindert werden. Die rechtlich heute vorhandene Möglichkeit einer „ungezügelt“ Mieterhöhung bei Neuvermietungen führt dazu, dass die ortsübliche Vergleichsmiete immer weiter ansteigt.

**Ansprechpartner:** Michael Arndt, Ülker Radziwill

## Personalien



Thomas Isenberg ist neuer gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion. Der Gesundheitsexperte hat diese Aufgabe von Stefanie Winde übernommen, die ihr Mandat zurückgegeben hatte. Ins Abgeordnetenhaus nachgerückt ist für sie bereits im August Florian Dörstelmann. Er ist jetzt Mitglied im Innen-, Rechts- und Datenschutzausschuss.